

Daniel Stadlin

Stellungnahme zum Budget 2016 und zum Finanzplan 2016-2019

Vorlage 2559

Keine sprudelnden Steuererträge und keine grossen Überschüsse mehr. Die Finanzen unseres Kantons sind nicht mehr das, was sie einmal waren. Seit 2013 haben wir rückläufige Steuererträge bei gleichzeitig wachsenden Ausgaben. Unser Finanzhaushalt gerät zunehmend in Schieflage und der Ausblick für die kommenden Jahre ist geradezu prekär. Daran wird auch das Entlastungsprogramm nicht wirklich etwas ändern. Sogar wenn es als Ganzes umgesetzt werden sollte. Wie es aussieht, wird es den Finanzhaushalt nicht einmal mittelfristig stabilisieren können. Bereits 2019 rechnet der Finanzplan mit fast 86 Mio. Franken ungedeckter Kosten. Der Sparanteil im Entlastungsprogramm ist offensichtlich ungenügend und zu wenig wirksam.

Eigentlich hätte für 2016 ein ausgeglichenes Budget erwartet werden können. Dass dem nicht so ist, ist nur schwer nachvollziehbar. Natürlich sind nullkommazwei Prozent Ausgabenwachstum nicht viel. Auch 26.3 Mio. Franken oder 1.8 Prozent mehr Ausgaben als Einnahmen sind nicht wirklich dramatisch. Aber das sind nicht die wirklich relevanten Werte. Entscheidend ist vor allem eine Kennzahl, die des operativen Ergebnisses. Mit 176.3 Mio. Franken im Minus ist diese beeindruckend schlecht. Und so soll es auch weitergehen, sind doch im Finanzplan ausschliesslich Aufwandüberschüsse prognostiziert. Ohne Entnahme aus der NFA-Reserve insgesamt über 332 Mio. Franken. Von einer Konsolidierung des Finanzhaushaltes sind wir also noch weit, sehr weit entfernt. Die NFA-Reserve wird 2018 aufgebraucht sein. Somit werden uns die masslos hohen Transferzahlungen an die Nehmerkantone ab 2019 noch stärker als bisher in den Würgegriff nehmen. Und die Unternehmenssteuerreform USR III wird uns kaum daraus befreien. Ganz im Gegenteil. Sie wird uns höchstwahrscheinlich noch den Rest geben. Zu all dem leisten wir uns eine sehr teure Verwaltung, wie die Evaluation des Finanzhaushalts durch BAK Basel letztes Jahr zeigte. Das vorliegende Budget bestätigt diesen Sachverhalt und der Finanzplan lässt nur schwer eine Trendumkehr erkennen. Es ist sogar eher davon auszugehen, dass unsere Verwaltung weiter wachsen wird, denn schrumpfen. Zumindest, wenn die Politik nicht wirkungsvoll korrigierend eingreift. Das Personalwachstum der letzten 10 Jahre war mit 28 Prozent jedenfalls enorm. Dabei ist das externe Personal noch gar nicht eingerechnet. Natürlich sind die Anforderungen an die kantonale Verwaltung in den letzten Jahren stark gestiegen. Man muss aber auch festhalten, dass seit geraumer Zeit eine kontinuierliche Aufblähung verwaltungsinterner Abläufe und Organisationsstrukturen beobachtet werden kann. Zudem stellt die kantonale Verwaltung immer höhere Anforderungen an Leistungserbringer. Zum Teil gehen diese weit über diejenigen in anderen Kantonen hinaus, wie zum Beispiel die extrem restriktive Auslegung von Brandschutzvorschriften. Diese Überregulierung führt zu einer Aufblähung auch der gemeindlichen Verwaltungen. Die Ausweitung von Aufgaben, die Bürokratisierung von Entscheidungsabläufen und die zunehmende Spezialisten- und Expertenmentalität führen dazu, dass sich die kantonale Verwaltung zusehends mit sich selber beschäftigt und unnötig zusätzliche Kosten verursacht – eine auch gesamtschweizerisch zu beobachtende Entwicklung. Der Staatsdienst muss jedoch zum Nutzen derer geführt werden, die ihm anvertraut sind und nicht zum Nutzen derer, denen er anvertraut ist. In diesem Zusammenhang wird es von grösstem Interesse sein, wie die angekündigte Regierungs- und Verwaltungsreform 2019 dagegen wirken kann. Auch die Erwartungs- und Anspruchshaltung der Bevölkerung dem Staat gegenüber, ist ausgesprochen hoch und sehr teuer. Gesamtschweizerisch gesehen bietet unser Kanton

überdurchschnittlich viel. Er hat eine hervorragende Infrastruktur und komfortabel ausgebaute Dienstleistungen. Seine Wohlfahrts-, Sozial- und Subventionsleistungen sind ausserordentlich grosszügig. Dies alles auch weiterhin auf dem heutigen hohen Niveau zu halten, wird mit dem uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln künftig aber kaum möglich sein. Ausser wir nehmen, bar jeglicher wirtschafts- und finanzpolitischer Vernunft, eine massive Verschuldung oder Steuererhöhung in Kauf. Wollen wir also tatsächlich verhindern, dass der Kanton weder in eine langanhaltende Verschuldungsphase noch in einen Steuersubstrat-Exodus gerät, müssen wir uns künftig zwingend nach den Einnahmen ausrichten und die Budgets endlich ausgeglichen gestalten. Dies muss auch das Credo des Projektes Finanzen 2019 sein. Wir werden also nicht darum herum kommen, so schmerzlich das für die Betroffenen auch sein wird, den Leistungskatalog der kantonalen Verwaltung über das Entlastungsprogramm hinaus substanziell zu reduzieren. Aber auch wir Kantonsräte stehen in der Pflicht, das unsere beizutragen und wünschbares von notwendigem zu trennen.

Wir alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt. Politik und Verwaltung stehen in der Pflicht, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verantwortungsvoll einzusetzen. Die GLP ist überzeugt, der Regierungsrat handelt in diesem Sinn und ist ernsthaft Willens, unsere Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Mit dem vorliegenden Budget wird er diesem Anspruch aber nicht gerecht. Ohne Entnahme von 150 Mio. Franken aus der NFA-Reserve sähe es geradezu katastrophal aus. Wahrlich, der Zuger Finanzhaushalt geht einer ungewissen Zukunft entgegen. Der neue Finanzdirektor ist jedenfalls nicht zu beneiden, steht er doch vor einer finanzpolitischen Herkulesarbeit.

Fazit: Gespart wird nicht wirklich – es wird nur etwas weniger mehr ausgegeben.

Die Grünliberalen sind für Eintreten und werden dem Antrag der Regierung, den Steuerfuss auf 82 Prozent zu belassen, zustimmen. In Anbetracht der vorgängig gemachten Äusserungen, erachten wir es als dringend nötig, das Gesamtbudget zu kürzen. Entsprechende Anträge werden von uns grundsätzlich unterstützt.